

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 5

Artikel: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik im neuen Parteiprogramm
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337112>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

MAX WEBER

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik im neuen Parteiprogramm

Der Sozialismus ist eine Weltanschauung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens betrifft. Doch die Gestaltung der Wirtschaft stand von jeher im Mittelpunkt der sozialistischen Theorien und Postulate. Das ist ganz besonders der Fall, seitdem der Kapitalismus krasse soziale Schäden und Ungerechtigkeiten verursacht hat. Die Forderung nach einer *gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung* war stets ein zentraler Punkt der sozialistischen Ideen. Was ist darunter zu verstehen?

In erster Linie sollen alle arbeitsfähigen Glieder der Gesellschaft die Möglichkeit haben, zu arbeiten und ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das *Recht auf Arbeit* spielte eine wichtige Rolle in den Theorien von Owen, Fourier, Louis Blanc und vielen anderen Sozialisten. Es war in unserem Lande Gegenstand einer Verfassungsinitiative, die im Jahre 1894 in der Volksabstimmung abgelehnt wurde. Eine zweite entscheidende Forderung des Sozialismus ist die nach gerechter Verteilung der erzeugten Güter. *Recht auf den vollen Arbeitsertrag* hieß die Formel bei den früheren Sozialisten oder Beseitigung der Ausbeutung in der Sprache des Marxismus, was bedeutet, daß das arbeitslose Einkommen beschnitten oder beseitigt werde. Ferner soll das *Abhängigkeitsverhältnis* des Arbeiters gegenüber der Macht des Kapitals und der Kapitalbesitzer *aufgehoben* werden.

Das sind auch die zentralen Forderungen im wirtschaftlichen Teil des neuen Parteiprogramms. Die Ziele sind dieselben, wenn sie auch etwas anders formuliert sind. Sie leiten sich wie früher ab aus den

Grundsätzen des Sozialismus.

Die Weltanschauung des Sozialismus fußt auf dem Humanismus und dem Christentum. Der *Mensch* steht im Mittelpunkt. Die Würde des Menschen, und zwar jedes Menschen, ist zu achten. Der Mensch hat Anspruch auf *Gleichberechtigung* und gerechte Behandlung. Daraus folgt der Grundsatz der *Demokratie*, und das heißt Ablehnung jeder Gewaltherrschaft und

Diktatur. Demokratie ist untrennbar verbunden mit *Freiheit*. Aber Sozialismus verlangt Freiheit für *alle*, nicht nur für eine privilegierte Schicht. Deshalb sagt das Programm: «Wahre Demokratie ist nur möglich, wenn Gleichberechtigung und Mitspracherecht in Staat und *Wirtschaft* verwirklicht werden.» Daraus geht hervor, weshalb der Akzent auf dem wirtschaftspolitischen Teil liegt.

Während die Wirtschaftstheorien zur Zeit des aufkommenden Kapitalismus dem Kapital die zentrale Bedeutung beimaßen und aus Angst vor ungenügender Kapitalbildung die Schonung des Kapitals vor den Schutz der Arbeit stellten, ist für den Sozialismus die *Arbeit* der wichtigste Produktionsfaktor. Denn der Mensch ist Träger der Arbeitskraft, und der Zweck der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit besteht darin, ihm und seinen Bedürfnissen zu dienen. Das ist der entscheidende Gegensatz zum kapitalistischen Denken, das den Menschen als Sache behandelt hat und auch heute noch dem Kapital oft den Vorrang gibt.

Die wirtschaftspolitischen Ziele

Als solche stellt das Programm in den Vordergrund:

Verwendung aller produktiven Wirtschaftskräfte und Steigerung der Produktivität

Vollbeschäftigung und Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung

Gerechte Verteilung des Volkseinkommens

Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht

Verwirklichung demokratischer Grundsätze in der Wirtschaft

Die *Ausnützung aller produktiven Kräfte* und die Steigerung der Produktivität sind die Voraussetzungen für die Vermehrung des Wohlstandes. Es ist eine Binsenwahrheit, daß nicht mehr verteilt werden kann, als vorhanden ist. Daher muß die Erhöhung der Produktivität an den Anfang gestellt werden. In dieser Forderung ist eigentlich die *Vollbeschäftigung* schon enthalten. Sie wird aber ausdrücklich hervorgehoben, weil sie sich auf den Menschen bezieht und wichtiger ist als die Verwendung aller verfügbaren Maschinen; in einer Krise kann es vorkommen, daß im Interesse der Arbeitsbeschaffung auf die Anwendung rationeller Maschinen verzichtet werden muß. *Stetige Entwicklung* will heißen, daß die konjunkturpolitische Lenkung danach streben soll, die konjunkturellen Ausschläge, die sich aus der stoßweisen Entwicklung ergeben, möglichst auszugleichen, um Rückschläge und Krisen zu vermeiden.

Das Postulat nach *gerechtem Anteil* des einzelnen am Volkseinkommen und Volksvermögen entspricht dem früheren Recht auf den vollen Arbeitsertrag. Man muß sich dabei klar sein, daß nicht das gesamte Volkseinkommen für den Konsum zur Verfügung steht, sondern daß die Bildung von neuem Kapital notwendig ist, wenn die Produktion vermehrt werden soll.

Die beiden weiteren Forderungen sind vorläufig als Fernziele zu betrachten, denen man nur auf Teilgebieten näher kommen kann. So kann ein Gesetz über die Kontrolle der Kartelle helfen, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht einzudämmen. Die Anwendung demokratischer Grundsätze in der Wirtschaft kann auf verschiedene Weise erfolgen: Die kollektiven Arbeitsverträge sind Instrumente des Mitbestimmungsrechts; ebenso kann durch gesetzliche Maßnahmen eine Verwirklichung demokratischer Grundsätze angebahnt werden.

Der Weg

Während sich die Grundsätze und die allgemeinen Ziele des Sozialismus gleich geblieben sind, hat der Weg, der zu ihrer Verwirklichung eingeschlagen wird, eine Wandlung erfahren. Wenn man vom *utopischen* Sozialismus absieht, der einfach ein ideales Zukunftsbild entwirft, ohne zu zeigen, wie es verwirklicht werden kann, können drei sozialistische Richtungen unterschieden werden.

Die *experimentellen* Sozialisten – als Vertreter nennen wir Robert Owen und Charles Fourier – wollten mitten in der kapitalistischen Umwelt genossenschaftliche Siedlungen errichten, die sich ausbreiten sollten. Aber diese genossenschaftlichen Experimente litten meistens unter Kapitalmangel, ungenügenden Kenntnissen der Leiter und oft auch unter einer unglücklichen Zusammensetzung der Siedler.

Karl Marx, der den weitaus nachhaltigsten Einfluß auf die sozialistische Bewegung ausgeübt hat, durchleuchtete die kapitalistische Wirtschaft mit wissenschaftlichen Methoden, die er von den liberalen Ökonomen übernommen hatte. Doch über die Gestaltung der Zukunft äußerte er sich wohlweislich nicht oder nur mit einigen problematischen Worten. Die *marxistische Schule* stellte sich die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege über die Eroberung der politischen Macht und mit Hilfe der Überführung der Produktionsmittel in die Hände des Staates vor. Verstaatlichung war zwar nie gleichbedeutend mit Sozialismus, wie es dessen Gegner oft darstellten, sondern nur ein Mittel. Doch die Erfahrungen mit dem Faschismus, Nationalsozialismus und Bolschewismus haben gezeigt, daß die Konzentration der wirtschaftlichen Macht in den Händen des Staates große Gefahren in sich birgt und daß Staatswirtschaft das Gegenteil von Sozialismus sein kann, wenn diese Macht mißbraucht wird. Außerdem haben die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse der Nationalökonomie andere Methoden aufgezeigt, um die Wirtschaft zu lenken. Es sei insbesondere auf die angelsächsische Literatur hingewiesen (Keynes, Alvin Hansen u. a.). Das hat im neuen Programm der SPS wie übrigens auch in den Programmen der Sozialdemokratie in anderen Ländern einen Niederschlag gefunden.

Es sind namentlich die allgemeine Wirtschaftspolitik und die Finanzpoli-

tik der öffentlichen Gemeinwesen, die als Steuerungsmittel in Frage kommen. Heute gehen in manchen Ländern 30 und mehr Prozent des Volkseinkommens durch die Hände des Staates, in der Schweiz sind es annähernd 20 Prozent. Diese Mittel, soweit sie manipuliert werden können, sind in den Dienst des Konjunkturausgleichs zu stellen. Dazu kommt die Kreditpolitik, die durch die Nationalbank maßgeblich beeinflußt werden kann. Die schweizerische Arbeiterbewegung kann darauf hinweisen, daß sie schon vor 25 Jahren solche Erkenntnisse verwendet hat im Kampfe gegen die falsche Krisenpolitik des Bundes, noch bevor die Nationalökonomen daraus ein Steckenpferd gemacht haben.

Einzelne Maßnahmen

Das Programm anerkennt den Wettbewerb als Mittel zur Entfaltung der produktiven Kräfte. Von einem *fairen Wettbewerb* kann aber nur gesprochen werden, wenn die Ausgangsbedingungen möglichst gleich sind, und nur in diesem Falle kann die Verteilung des Einkommens nach der Arbeitsleistung (unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte, wird beigefügt) gerecht sein. Eine Hauptaufgabe der Politik besteht darin, diese Ausgangsbedingungen zu schaffen, die heute die größten Unterschiede aufweisen. Wo wegen ausgesprochener Monopollage kein Wettbewerb möglich ist, verlangt das Programm öffentliche Kontrollen oder Überführung der betreffenden Unternehmungen in Gemeineigentum.

Da die Konkurrenzirtschaft keine Vollbeschäftigung zu sichern vermag, sondern im Gegenteil der Krisengefahr ausgesetzt ist, wird eine *Wirtschaftslenkung* auf nationaler und internationaler Ebene gefordert, doch werden solche Planungsmaßnahmen nur postuliert, soweit diese nötig sind. Daraus geht hervor, daß das Programm der *Freiheit* so viel Spielraum einräumen will, als möglich ist, ohne das Ziel zu gefährden. Auch die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes und des Konsums soll grundsätzlich gewährleistet sein.

Daß die Gemeinwirtschaft Förderung verdient, ist eine Selbstverständlichkeit, da sie die besten Voraussetzungen für die Wahrung der allgemeinen Interessen gewährt. Indessen sind wir uns bewußt, daß die Frage der Leitung und Beeinflussung von entscheidender Bedeutung ist. Auch hier wird einer föderativen Auflockerung das Wort gesprochen, indem neben staatlichen und kommunalen Unternehmungen auch solche in gemischtwirtschaftlicher Form, ferner Genossenschaften und Selbstverwaltungskörperschaften aufgeführt werden.

Ebenso selbstverständlich ist, daß bei den Entscheidungen über die Richtung und die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik ein weitgehendes *Mitspracherecht* gefordert wird. Wie weit das auf der Ebene von Betrieb und Unternehmung oder der ganzen Volkswirtschaft spielen soll, wird mit Recht offen gelassen. Ins Auge gefaßt wird vornehmlich ein Gremium, das über die allgemeinen Fragen der Wirtschaftspolitik befinden soll.

Finanzpolitische Ziele

Als grundlegende Ziele der Finanzpolitik werden genannt:

1. *Die Deckung des Finanzbedarfs* für die zu erfüllenden Aufgaben, wobei nicht nur an die laufenden Bedürfnisse gedacht wird, sondern es wird ausdrücklich auch von der Kapitalbildung durch die öffentliche Hand gesprochen, insbesondere als Vorsorge für Zeiten der Depression.

2. *Gerechte Verteilung der Steuerlasten*, wobei progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern als beste Mittel zur Erfassung der Leistungsfähigkeit erwähnt werden. Konsumsteuern werden nicht rundweg abgelehnt, doch sollen sie auf den nicht notwendigen Verbrauch beschränkt werden. Die Steuerpolitik soll namentlich auch dem sozialen Ausgleich dienen, das heißt mithelfen, *gleiche Chancen für alle* herzustellen.

3. Die Finanzpolitik ist, wie schon erwähnt wurde, eines der wichtigsten Mittel der *Konjunkturpolitik*. Sie muß deshalb mit den Zielen der Wirtschaftspolitik koordiniert werden. Das ist zwar in der Theorie auch vom Bundesrat in mehreren Botschaften als richtig bezeichnet worden, aber in der Praxis wurde genau in gegenteiligem Sinne gehandelt.

Einzelfragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik

Da das Programm sich zunächst auf die allgemeinen Grundsätze und Richtlinien der Wirtschafts- und Finanzpolitik beschränkt, hat die Kommission, die sich mit diesem Teil befaßte, noch einen Abschnitt über Einzelfragen beigelegt. In der bisherigen Diskussion haben einige gefunden, das Programm sei zu lang, während andere noch weitere Abschnitte und Erweiterungen zu einzelnen Punkten vorschlagen möchten. Die Programmkommision war der Meinung, es sei wichtig für die Vertrauensleute und vor allem auch für unsere Vertreter in Behörden, daß sie eine kurze Anleitung erhalten über die Einstellung der SP zu den wichtigsten Problemen. In diesem Sinne werden die Fragen der Geld-, Kredit-, Agrar-, Verkehrs-, Preispolitik aufgeführt, und es werden einige Worte zum Bodenproblem, zum Genossenschaftswesen und zur wirtschaftlichen Integration gesagt. Der Parteivorstand hat dieser Auffassung zugestimmt. Im früheren Arbeitsprogramm der SPS von 1924 ist das in ähnlicher Weise geschehen.

Das neue Programm ist gleichzeitig

Grundsatz- und Arbeitsprogramm.

Es ist deshalb *realistischer* und *wirklichkeitsnäher* als das bisherige Programm. Das ist ein Vorzug. Eine große Volkspartei kann ihren Anhängern nicht Luftschlösser vormachen wie die Utopisten und sie auch nicht vertrösten auf einen Tag, an dem der Sozialismus wie ein Phönix aus dem zusammenbrechenden Kapitalismus herausspringen soll. Sie muß sagen, welche

konkreten Ziele sie anstrebt und was sie morgen und übermorgen zu tun gedenkt.

Das Programm geht von der Konzeption aus, daß der Sozialismus nicht schlagartig verwirklicht werden kann, was aller Erkenntnis aus der bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung widersprechen würde. Sondern er wird stufenweise verwirklicht mit der Durchsetzung jeder Forderung, die das Programm enthält. Manches hat sich schon gewandelt. Der Kapitalismus ist nicht mehr der gleiche wie im 19. Jahrhundert. Er ist bereits durchsetzt mit sozialistischen Bausteinen. Doch noch gewaltig viel bleibt zu tun. Man überlege nur, was eine einzige Forderung wie die «*Gleiche Chancen für alle*» in Wirklichkeit bedeutet. Es ist deshalb ein Irrtum, zu glauben, das neue Programm sei weniger weitgreifend und radikal, weil es realistischer ist. Das Gegenteil ist der Fall. Der Schwerpunkt muß übrigens nicht im Programm liegen, sondern im *Handeln*.

Nichts ist schlimmer für den Sozialismus als der Widerspruch zwischen Wort und Tat, hat Angelica Balabanoff einmal gesagt. Beim neuen Programm wird man bei jedem Punkt die Übereinstimmung zwischen der bisherigen Politik der SPS und dem Programm feststellen können. Und auch in Zukunft wird die Partei in diesem Sinne handeln. Das unterscheidet das Programm von den bekannten Programmen und Wahlproklamationen anderer Parteien, die nur der Propaganda dienen und in der Praxis im Stich gelassen werden. Die Vertrauensleute haben nun die Aufgabe, das neue Programm in der Bevölkerung bekanntzumachen.

Staat und Wirtschaft

Von Dr. Heinrich Troeger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank,
Frankfurt am Main*

Die Verantwortung des Staates

Heute gibt es wohl keinen Politiker und keinen Vertreter irgendeiner bedeutenden Wirtschaftsgruppe in Deutschland und auch in anderen Industriestaaten, der es nicht irgendwie, wenn auch in differenzierter und verklausulierter Form, als selbstverständlich ansieht, daß sich der Staat um die

* Genosse Troeger war in Hessen Finanzminister, dann Präsident der Hessischen Landesbank. Er hielt diesen Vortrag in Köln vor den Kreditgenossenschaften. Seine Ausführungen sind in grundsätzlicher Hinsicht auch für uns von Interesse, da auch in der schweizerischen Diskussion über das Problem «Staat und Wirtschaft» von den Wirtschaftsliberalisten noch immer die Ansicht vertreten wird, die Wirtschaft reguliere sich selber am besten, ohne Einmischung des Staates. Diese Auffassung wird durch den ausgezeichneten Finanz- und Wirtschaftsfachmann Dr. Troeger überzeugend widerlegt.

Die Redaktion